

## Die Weltwirtschaft befindet sich im Ungleichgewicht.

International tätige Konzerne genießen weitreichende Sonderrechte. Durch Investitionsschutzabkommen haben sie Zugang zu einem parallelen Justizsystem, das ihre Investitionen vor staatlichen Regulierungen schützt – selbst wenn diese dem Gemeinwohl dienen. So verklagt der schwedische Energiekonzern *Vattenfall* derzeit Deutschland auf Entschädigung von über 4,4 Milliarden Euro wegen des Atomausstiegs, und der Bergbaukonzern *Gabriel Resources* verklagt Rumänien wegen des Baustopps einer geplanten Goldmine. Die EU-Kommission will dieses ungerechte Schiedsgerichtssystem sogar noch weiter ausbauen.

## Doch wer schützt eigentlich Mensch und Umwelt vor den Konzernen?

Es gibt keine international verbindlichen und einklagbaren Regeln, die Konzerne zur Achtung der Menschenrechte und der grundlegenden Umweltstandards verpflichten. Zwar wird schon seit 2014 über ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte (*Binding Treaty*) verhandelt – die Europäische Union und viele ihrer Mitgliedsstaaten weigern sich jedoch, sich inhaltlich an den Sitzungen zu beteiligen und wollen Pflichten für ihre Konzerne um jeden Preis verhindern.

**Dieses Ungleichgewicht ist ein Skandal.  
Menschen brauchen mehr Rechte,  
Konzerne nicht!**

**W**ir sind ein breites Bündnis von über 200 europäischen Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die sich für gesetzliche Pflichten von Konzernen und gegen Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) einsetzen.

**Wir halten dieses Paralleljustizsystem für eine globale Bedrohung.** Es untergräbt unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Umweltschutz, Gesundheit, öffentliche Dienstleistungen sowie Verbraucher- und Arbeitnehmer\*innenrechte.

**Wir sind überzeugt, dass Sonderrechte für Konzerne abgeschafft werden müssen,** um die Straffreiheit der Konzerne zu beenden sowie Mensch und Umwelt besser zu schützen.

**Wir brauchen keine Sonderrechte für Konzerne, sondern ein internationales Abkommen** (UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte/Binding Treaty) sowie verbindliche Regeln auf europäischer und nationaler Ebene, um Konzerne für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen und Betroffenen Zugang zur Justiz zu gewährleisten.

In Deutschland wird die Kampagne von folgenden Netzwerken getragen:



sowie von zahlreichen Einzelorganisationen, unter anderem:  
Attac | BUND (Friends of the Earth Germany) | Berliner Wassertisch | Campact | Christliche Initiative Romero (CIR) | Deutscher Naturschutzring (DNR) | foodwatch e.V. | Forum Fairer Handel | Forum Umwelt und Entwicklung | Greenpeace e.V. | INKOTA-netzwerk e.V. | SÜDWIND e.V. | PowerShift e.V. | Umweltinstitut München e.V. | WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. | Weltladen-Dachverband e.V. | Werkstatt Ökonomie e.V.

Vollständige Liste der Unterstützer unter [www.stopisds.org/de/allianz](http://www.stopisds.org/de/allianz)

Informiert Euch und unterstützt die Kampagne unter:  
**[www.stopisds.org/de](http://www.stopisds.org/de)**

# Konzerne haben zu viel Macht. Es ist an der Zeit, sie uns zurückzuholen!

**HINTERGRÜNDE ZUR EUROPAAWEITEN KAMPAGNE**  
„Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“



**Menschenrechte schützen**

**Konzernklagen stoppen!**

# Was ist das Problem?

In den vergangenen Jahren sind Millionen Menschen in ganz Europa gegen die geplanten Abkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) auf die Straße gegangen. Ein Hauptkritikpunkt dabei war die so genannte Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS). Sie ermöglicht international tätigen Konzernen, Schadensersatz von Regierungen zu verlangen, wenn diese gegen ihre Interessen gehandelt haben. In der Vergangenheit wurden Staaten beispielsweise für folgende Maßnahmen auf Schadensersatz verklagt:

- die Einführung von Gesundheitswarnungen auf Zigarettenpackungen
- das Anheben des Mindestlohns
- die Einführung eines Moratoriums auf umweltschädliches Fracking
- die Regulierung der Luftverschmutzung bei einem Kohlekraftwerk
- die Festsetzung der Wassergebühren als Mittel der Armutsbekämpfung

Konzerne müssen die Klagen nicht unbedingt gewinnen, um ihr Ziel zu erreichen. Häufig reicht die bloße Androhung einer Schadensersatzklage, damit Regierungen nachgeben und sich dem Willen der Konzerne beugen.

Gestützt auf ein Verhandlungsmandat der Mitgliedsstaaten, setzt sich die EU-Kommission nun für ein scheinbar reformiertes System des Investitionsschutzes ein. Aber auch dieser neue, so genannte multilaterale Investitionsgerichtshof (MIC) soll einseitig Konzernen und Investoren zugänglich sein. Er würde weiterhin Schadensersatzforderungen gegen Staaten ermöglichen, wenn deren Maßnahmen gegen das Interesse von Konzernen verstoßen. Statt der breiten Kritik zu folgen und die Sonderklagerechte abzuschaffen, weitete die EU dieses ungerechte System aus.

Diesen weitreichenden Sonderrechten für Konzerne stehen kaum Pflichten gegenüber. Es gibt in internationalen Abkommen keinen Mechanismus, um Konzerne für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in ihren Lieferketten und transnationalen Geschäftsbeziehungen zur Verantwortung zu ziehen. Selbst bei schwerwiegenden Verstößen gegen Menschenrechte oder Umweltschutz werden Konzerne häufig nicht bestraft und Betroffene haben oft keinen Zugang zu Recht.

# Was wollen wir erreichen?

Um Sonderklagerechte für Konzern zu stoppen, müssen sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten aus bestehenden Handels- und Investitionsabkommen zurückziehen, die diese enthalten, und künftig keine solchen Abkommen mehr abschließen. Internationale Konzerne und Investoren brauchen kein Paralleljustizsystem, um ihre Rechte zu schützen.

Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich für das aktuell verhandelte UN-Abkommen (Binding Treaty) einzusetzen, das Konzerne für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zieht und damit ihre Straflosigkeit beendet.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen Konzerne gesetzlich verpflichten, bei Auslandsgeschäften Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu achten. Betroffene von Menschenrechtsverstößen durch Konzerne müssen Zugang zu Gerichten haben.

## Was kann ich tun?

- **Unterzeichne die Petition.**  
In den ersten vier Wochen hat europaweit bereits eine halbe Million Menschen gegen Konzernklagen und für Menschenrechte unterschrieben – sei auch Du dabei!
- **Werdet gemeinsam aktiv.**  
Schließ Dich mit anderen zusammen und organisiere Unterschriftensammlungen, Infoveranstaltungen oder kreative Aktionen, um die Kampagne zu unterstützen!
- **Kontaktiere Politiker\*innen.**  
Schreibe den Bundestagsabgeordneten aus Deinem Wahlkreis oder den Mitgliedern des EU-Parlaments und teile ihnen mit, dass Dir dieses Thema am Herzen liegt!

